

» Kurz notiert

Vertrauen in Zertifikate wächst

(djd/pt). Der Anteil an Zertifikaten in den Depots deutscher Privatanleger ist in den vergangenen zwölf Monaten um einen Prozentpunkt auf aktuell elf Prozent gestiegen. Für die nächsten Jahre wird mit einem weiteren Anstieg auf zwölf Prozent gerechnet. Viele sehen Zertifikate als eine beständige Komponente eines jeden Anlegerdepots. „Dieser stabile Depotwert an Zertifikaten zeigt uns, dass der Vertrauensverlust nach der Finanzkrise endlich überwunden ist und die Anleger das Potenzial strukturierter Produkte wieder für sich nutzen“, erklärt Peter Schirmbeck, Bereichleiter Privatkunden bei der DZ Bank.

Flexibler Platz fürs Ersparte

(ggz). Anleger sollten ein Tagessgeldkonto in Betracht ziehen, denn das Guthaben ist nicht an feste Laufzeiten gebunden, sondern täglich verfügbar. Und bei dieser unkomplizierten Handhabung gibt es eine vergleichsweise hohe Verzinsung. Und Privatkapital ist durch die Einlagen-sicherungsfonds in Deutschland und den EU-Ländern geschützt, so dass bis zu 100.000 Euro pro Person vollständig abgesichert sind.

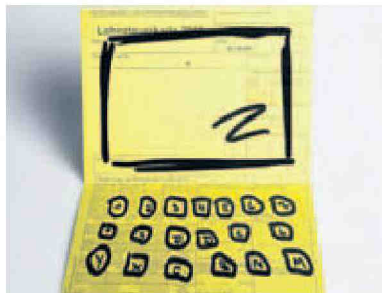
Mit rollenden Autos rechnen

(Auto-Reporter.NET). Rollt eine Autofahrerin an einer Parkrampe etwa einen halben Meter zurück, weil sie ihren Motor abgewürgt hatte, und fährt ihr dabei eine andere Autofahrerin auf, so hat diese beziehungsweise ihre Kfz-Haftpflichtversicherung für den Schaden an der Pkw aufzukommen. „Denn auf Rampen in Parkhäusern muss man stets mit einem leichten Zurückrollen eines vorausfahrenden Fahrzeuges rechnen, so dass selbst bei geringen Geschwindigkeiten ein gebührender Sicherheitsabstand einzuhalten ist“, urteilen die Richter in München.

Genau hinschauen bei der ersten Gehaltsabrechnung

Umstellung auf elektronisches Verfahren

(djd/pt). Bei den ersten Gehaltsabrechnungen des Jahres 2013 sollten Arbeitnehmer ganz genau hinschauen: Zum 1. Januar 2013 startete das elektronische Verfahren zur Abrechnung der Lohnsteuer. Unter dem Begriff „EL-EL-EL-EL-EL“ (Abkürzung für „Elektronische Lohnsteuer-Abzugsmerkmale“) werden künftig alle relevanten Daten wie etwa die Steuerklasse oder Freibeträge zwischen Finanzämtern und Arbeitgebern digital übermittelt. Wann genau das jeweilige Unternehmen auf das neue Verfahren umsteigt, kann jeder Arbeitgeber selbst festlegen – entscheidend ist, dass der Wechsel im Laufe des Jahres 2013 erfolgt. Nach mehr als 85 Jahren wird damit die Lohnsteuerkarte aus Papier in den Ruhestand geschickt.



Nach 85 Jahren wird die Lohnsteuerkarte aus Papier durch ein elektronisches Verfahren ersetzt. Sukzessive sind davon im Laufe des Jahres 2013 alle Arbeitnehmer betroffen.

Künftig werden beispielsweise Freibeträge – etwa für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz – nicht mehr schriftlich festgehalten, sondern ausschließlich digital erfasst. Das bedeutet: Arbeitnehmer sollten die Daten überprüfen und wenn nötig korrigieren lassen. Wer dies versäumt, bedenkenunter Umständen das Nettogehalt auf den ersten Abrechnungen des Jahres 2013 mit

EL-EL-EL-EL-EL zu niedrig ausgewiesen werden. Somit lohnt sich für jeden Arbeitnehmer ein Blick in das „EL-EL-EL-EL-EL-Portal“ der Finanzverwaltung: Unter www.el-el-el-el-el.de gibt es die Möglichkeit, die eigenen Abzugsmerkmale zu kontrollieren. Im ersten Schritt ist dazu die Registrierung im Portal mit der persönlichen Identifikationsnummer erforderlich. Dieses ist zum Beispiel

auf Einkommensteuerbescheiden oder Gehaltsabrechnungen ausgewiesen. Nach der erfolgreichen Registrierung können die eigenen Daten anschließend abgerufen und kontrolliert werden. Sind einige der Daten fehlerhaft, können sich Bürger direkt an ihr zuständiges Finanzamt wenden. Unter www.el-el-el-el-el.de gibt es weitere Details.

Wenn es Streit ums Erbe gibt

Richtig handeln im Todesfall – Anwalt rät zu Mediation

Das Thema: Ein alleinstehender Bruder stirbt und bestimmt vor seinem Tod in einem Testament seine Freundin zur Alleinerbin. Die Schwester will das nicht hinnehmen und geht dagegen vor. Ihr Anwalt empfiehlt den Klageweg, der in zwei Instanzen verloren geht. Aus diesem Rechtsstreit geht die Schwester mit Anwalts- und Gerichtskosten von über 35.000 Euro und einer gestörten Beziehung zur Freundin des Bruders hervor. Nachzulesen im Beschluss des OLG Bamberg vom 18. Juni 2012, AZ: 6 W 20/12.

Was war da geschehen? Die Geschwister hatten einen landwirtschaftlichen Betrieb geerbt. Die Schwester den Betrieb und ein Stadthaus, der Bruder die Nutzflächen und ein Bauernhaus.

Erleidet an einer fortgeschrittenen Krebserkrankung und wird von seiner Freundin versorgt. In der Erwartung seines nahen Ablebens beschließt der Bruder, sein Vermögen seiner Freundin zu hinterlassen.

Durch die geänderten Eigentumsverhältnisse wird die Schwester den Betrieb nur eingeschränkt weiterführen können, da ein Großteil der Nutzflächen im Erbin des Bruders stand. Die Erbin will diese bestmöglich verkaufen, um anschließend in der Stadt zu wohnen. In der Konsequenz ein großer Schaden für die Schwester, der im Rahmen einer Mediation hätte vermieden werden können. Ein neuer Anwalt unterstützt jetzt die Schwester gemeinsam mit einem unabhängigen

Mediator. Die Erbin erklärte sich bereit, an einer Mediation teilzunehmen.

Das Ergebnis der Mediation: Die Schwester erhält die landwirtschaftlichen Flächen und Gebäude, die Erbin des Bruders das Stadthaus und einen finanziellen Ausgleich. Die Kosten für die Mediation, Beratungsanwalt und Notar weniger als 8.000 Euro. Das hätte schon am Anfang stehen können.

Der Grund dafür liegt leider in der Unkenntnis darüber, was Mediation kann.

„Sprechen Sie ihren Anwalt oder unabhängige Beratungsstellen, wie www.erbrechtsmediation.info oder einfach die Handelskammern darauf an. Oft ist Mediation die bessere Lösung“, rät Oliver W. Happel, Mediation Bergstedt.

Niclas A. Bortels
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Familienrecht
Strafrecht • Strassenverkehrsrecht
Eulenkrußstr. 7, 22359 Hamburg, Telefon 040 - 60 847 846

MEDIATION BERGSTEDT
KONFLIKTE LÖSEN - ANDERS!
OLIVER W. HAPPEL
SYSTEMISCHER BERATER UND MEDIATOR
TRENNUNG UND SCHEIDUNG
ERBRECHTSANGELEGENHEITEN
TEL.: +49 40 87 50 32 92
WWW.OLIVER-HAPPEL.DE

Jan Teutschmann
Rechtsanwalt
Vertragsrecht,
Mietrecht, Baurecht,
Forderungseinzug
Im Alten Dorfe 25 • 22359 Hamburg
Tel.: (0 40) 6 03 26 14 • Fax (0 40) 6 03 26 16

Stephan Passlack
Rechtsanwalt
FAMILIENRECHT • ARBEITSRECHT
VERKEHRSRECHT
Eulenkrußstraße 7 • 22359 Hamburg
Tel. 040/72 54 55 34 • Fax 040/72 54 55 35
E-Mail: stephampasslack@gmx.de

Rechtsanwälte Notare
Costard • Tögel • v. Åkerman
Überörtliche Rechtsanwaltssozietät
Dr. Guido Tögel
Rechtsanwalt und Notar
• Immobilienrecht
• Bankrecht
• Vertragsrecht
• Erbrecht
Dr. Christian Menge
Rechtsanwalt und Notar
Fachanwalt für Arbeitsrecht
• Arbeitsrecht
• Gesellschaftsrecht
• Immobilienrecht
Ruth Ellrodt
Rechtsanwältin und Notarin
Fachanwältin für Familienrecht
• Familienrecht
• Erbrecht
• Immobilienrecht
Kanzlei Ahrensburg
Große Straße 21 • 22926 Ahrensburg • www.costard-toegel.de
Telefon: 04102 / 51 51 - 0 • Fax: 041 02 / 51 51 - 10

Bürger für Rechtsprechung gesucht

Bezirksamt sucht Schöffen und ehrenamtliche Verwaltungsrichter

Wandsbek (am/cc). Alles, was recht ist: Die Hamburger Bezirksämter erstellen gegenwärtig die Vorschlagslisten für die Wahl der Schöffen, Jugendschöffen und ehrenamtlichen Verwaltungsrichter für die Amtszeit 2014 bis 2018. Dafür können sich Bürger nun bewerben.

Schöffen sind ehrenamtliche Richter in Strafsachen und wirken bei der Verhandlung und der Urteilsfindung beim Amts- beziehungsweise Landgericht mit. Ehrenamtliche Verwaltungsrichter werden bei Rechtsstreitigkeiten zum Beispiel auf dem Ausländer- und Asylrecht, Schul-, Beamten-, Bau-, Ordnungs- und Gesundheitsrecht im Verwaltungs- beziehungsweise Verwaltungsgericht eingesetzt.

Eine juristische Ausbildung ist für diese Ehrenämter nicht erforderlich. Vielmehr ist die Mitwirk-

ung nicht juristisch ausgebildeter Bürger gerade deshalb gefragt, weil diese ihr Lebens- und Berufserfahrung, ihr vernünftiges Urteil, ihren Gemeinsinn und ihre Bewertungen in die Entscheidungen der Gerichte einbringen sollen. Einzig Jugendschöffen sollen zusätzlich erzieherisch befähigt und in der Jugendberufshilfe erfahren sein. Diese Anforderung braucht jedoch nicht schul- oder berufsamtlich erworben zu sein.

Schöffen, Jugendschöffen und ehrenamtliche Verwaltungsrichter werden für fünf Jahre berufen und sollen nicht zu mehr als zwölf ordentlichen Sitzungstagen pro Jahr durch das Gericht herangezogen werden. Für die Zeit der Gerichtsverhandlung sind die ehrenamtlichen Richter dem anwesenden Berufsrichter gleichgestellt und tragen ebenso die Verantwortung für die Entscheidung-

gen. Für die Teilnahme an den Sitzungen wird eine Aufwandsentschädigung wie für Verdienstausschuss und Fahrtkosten gezahlt. Für das Ehrenamt interessierte Personen müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen: Sie müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen; zu Beginn der Amtsperiode muss das 25. Lebensjahr vollendet sein; der Wohnsitz muss seit einem Jahr in Hamburg bestehen; die Meldeanschrift muss im Bezirksamtsbereich Wandsbek liegen. Weitere Informationen sind erhältlich im Internet unter www.schoeffen.de

oder www.hamburg.de/bezirke sowie telefonisch beim Hamburg-Service unter 040/42828-7000 oder per E-Mail beim Bezirksamt Wandsbek unter schoeffen@wandsbek.hamburg.de.

Ich erstelle Ihre Buchhaltung* zum fairen Preis!

BÜROSERVICE KATJIA BIELFELD
IDZ unabhängige Buchhalterin
Staat. gepr. Betriebswirtin
Saseler Bogen 3, 22393 Hamburg
Tel.: 040 88 160 09-1, Fax: -9
Mobil: 0170 5229527
www.katja-bielfeld.de
*Mein Dienstleistungsumfeld:
• Buchung der f.d. Geschäftsvorfälle
• Lfd. Lohn- und Gehaltsabrechnung
• Fertigen von Lohnsteueranmeldungen
• Kaufmännisches Management
• Digitale Berechnung
• auch in Verbindung mit Ihrer Buchhaltung
• Präsentationsberatung
• Sekretariat/Schreibzettel an alle Art.

Waldorfer/Altenfelder/MARKT Wochenende - Seite 13 - 4. KW 2013

Rechtsanwalt
Manfred Abernethy
Ihr kompetenter Ratgeber
Spezialisiert auf Verkehrsrecht und Schadenersatzrecht
Volksdorfer Damm 61 G, 22359 Hamburg
Telefon: 040/8009 78 77, 0175/5882592
Mail: maabernethy@web.de

LORENZ
RECHTSANWÄLTE
Garecht
Immobiliensrecht
Erbrecht
Mietrecht
Arbeitsrecht
Straßenverkehrsrecht
Christian Verstege
Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht
Wohnungseigentumsrecht
Maklerrecht
Verkaufsrecht
Nico Franck
Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht
Arbeitsrecht
Betriebsvertragsrecht
Kündigungrecht
Harwin Quistorf